



++++ Pressemitteilung 24.07.20 +++++

“Konstanz bricht mit Klimanotstand”

Rund ein Jahr nach dem historischen Beschluss des Klimanotstands, wurde in Konstanz diskutiert, den Klimanotstandsbeschluss zu konkretisieren und sich eine 1,5 Grad konforme Zielsetzung zu setzen. Mit einer knappen Mehrheit von einer Stimme wurde dieser Antrag abgelehnt. Die jungen Klimaschützer*innen warfen dem Gemeinderat daraufhin vor, mit dem Klimanotstand zu brechen und ihre Zukunft zu verraten.

Konstanz, 24.07.20| Vor einem Jahr rief der Konstanzer Gemeinderat als erste deutsche Stadt den Klimanotstand aus und verpflichtete sich dazu seinen Beitrag zur Einhaltung der überlebenswichtigen 1,5 Grad Grenze zu leisten. Um diese Zielsetzung zu konkretisieren brachte eine überfraktionelle Koalition aus Freier Grüner Liste, Jungem Forum und Linker Liste einen Gemeinderatsantrag ein, demzufolge die Stadt Konstanz sich das Ziel setzen soll, bis 2030 klimapositiv zu sein. Klimapositiv bedeutet, dass im gesamten Stadtgebiet weniger Treibhausgase ausgestoßen werden als durch natürliche Prozesse im Landkreis wieder aufgenommen werden. Unterstützt wird dieses Ziel von einem breiten Bündnis der Konstanzer Bevölkerung mit namhaften Verbänden wie Verdi und BUND, sowie zahlreichen Konstanzer Unternehmen. Denkbar knapp, mit einer Mehrheit von einer Stimme, wurde der 1.5 Grad konforme Antrag in der gestrigen Gemeinderatssitzung abgelehnt. Die Klimaschützer*innen von Fridays for Future zeigten sich über diese Entscheidung sehr schockiert und maßlos enttäuscht.

Als alternativen Klimabeschluss verabschiedete der Gemeinderat, mit Hilfe des Ifeu Institutes innerhalb eines Jahres zwei verschiedene Szenarien zur Klimaneutralität zu prüfen: Ein mögliches Klimaschutzszenario für die Beschränkung der Erderhitzung auf 1.75 Grad (Klimaneutral bis 2035), sowie wann die Stadt Konstanz klimaneutral wäre, bei unverändertem Ambitionsniveau im Klimaschutz. Die Konstanzer Ortsgruppe von Fridays for Future begrüßte die Zusammenarbeit mit dem Ifeu Institut, kritisierte jedoch scharf, dass man sich am wissenschaftlich Nötigen und nicht am vermeintlich Möglichen orientieren muss.

Nach Berechnungen des Weltklimarates muss die weltweite Klimaneutralität bis 2030 erreicht werden um mit einer 2/3 Wahrscheinlichkeit die 1,5 Grad Grenze einzuhalten. Als wissenschaftlicher Konsens gilt mittlerweile, dass jenseits von 1,5 Grad dramatische Konsequenzen folgen, die die Lebensqualität von Milliarden Menschen massiv beeinträchtigen werden. Einige Studien warnen auch davor, dass jenseits von 1,5 Grad Kippelemente aktiviert werden könnten, die die Erderhitzung weiter anheizen. Die Folge wäre, dass der Mensch machtlos wäre gegen eine sich verschlimmernde Klimakrise und die heutige entwickelte Zivilisation vermutlich noch in diesem Jahrhundert zusammenbrechen würde.

“Die Wissenschaft sagt uns klar und deutlich, dass 1.5 Grad wirklich eine überlebenswichtige Grenze ist! Wir müssen alles Menschenmögliche dafür tun, diese Grenze einzuhalten. Wir stehen vor einer enormen weltweiten Aufgabe und brauche dringend Kommunen und Länder die mutig die Fakten, die vor uns liegen akzeptieren und handeln. Zu denken, wir könnten es uns erlauben, die überlebenswichtige 1,5 Grad Grenze zu überschreiten und es würde schon nicht so schlimm werden, ist kein Optimismus, sondern gefährliche Ignoranz”, zeigt sich die 16 jährige Schülerin Frida Mühlhoff, die als sachkundige Einwohnerin im Gemeinderat sprach, enttäuscht.

Laut den Klimaschützer*innen sei es vor allem schockierend, dass Konstanz seine Vorreiterrolle aufgebe. Sie hatten gehofft, dass sich Konstanz anderen Städten wie Marburg, Tübingen, Heidelberg, Münster oder Helgoland anschließen wird. All diese Städte haben die Zielsetzung bis 2030 klimaneutral zu sein. Während der Gemeinderatssitzung wurde immer wieder deutlich, dass das Hauptproblem an den Rahmenbedingungen der Bundes- und Landesebene liegt. Noemi Mundhaas von Fridays for Future erklärte dazu: *“Was die Entscheidung heute auch zeigt, ist, dass Kommunen in die Lage versetzt werden müssen effektiven Klimaschutz umzusetzen. Dafür müssen sie einerseits vom Bund finanziell gestärkt werden, aber auch rechtlich in die Lage versetzt werden, eigenständiger zu handeln. Es kann nicht sein, dass wir aktuell immer noch viele Gesetze haben, die einer schnellen Transformation im Weg stehen. Damit dieses Ziel tatsächlich gelingt braucht es jetzt auf Bundesebene endlich einen CO2-Preis von 180 Euro die Tonne.”*